

Gibt es gute Moscheegegner?

✘ Moscheegegner (wie hier auf dem Foto in Köln) kommen für gewöhnlich in der Qualitätspresse schlecht weg. Ungebildete Stammtischbrüder, die mangels Weltläufigkeit Angst vor dem für sie Fremden empfinden, das ihnen in Gestalt des Islams gegenüber tritt. Ihre Bedenken, mögen sie auch noch so gut belegt sein, sind dumpfe Ängste. Ihre Auftritte in der Öffentlichkeit sind zu verhindern. Da erstaunt es, wenn es plötzlich eine Ausnahme gibt. Was haben die Moscheegegner in Berlin-Charlottenburg richtig gemacht, dass ihnen die warme Sympathie der Welt entgegen weht?

In ungewohnt objektiver Weise [berichtet die Welt](#):

Eine im Mierendorffkiez ansässige Bürgerinitiative (BI) hat sich gegen den geplanten Bau eines islamischen Kulturzentrums mit Moschee an der Charlottenburger Keplerstraße ausgesprochen. Mitglieder bezweifeln die immer wieder von Befürwortern des Bauprojekts ins Feld geführte Weltoffenheit und Liberalität des Vereins Inssan und fürchten, dass der ohnehin problematische Kiez kippt. Dass Stadtrat Klaus-Dieter Gröhler (CDU) die Pläne wegen baurechtlicher Bedenken abgelehnt hat und das Projekt – wenn überhaupt – nur mit neuem Baurecht für realisierbar hält, begrüßen die Anwohner. „Das ist ein kluger Weg, der uns Zeit gibt. Bei einem Bebauungsplan-Verfahren werden wir die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung nutzen“, kündigt Alexander Koch von der BI an.

Ian Johnson, wie die anderen BI-Mitglieder seit Jahren im Kiez beheimatet, hat gerade sein Manuskript für ein Buch über die Muslimbruderschaft zum Verlag geschickt. Der kanadisch-amerikanische Autor lebt gern im Charlottenburger Kiez rund um den Mierendorffplatz. Sein Wissen als Islam-Experte kommt der Bürgerinitiative zugute. In emsiger Kleinarbeit haben die Mitglieder – Architekten, Rechtsanwälte, Lehrer, Künstler,

Journalisten – im Internet über den Verein Inssan recherchiert.

Auch Dokumente wie der Kaufvertrag zum Grundstück an der Neuköllner Pflügerstraße, wo Inssan mit seinen Plänen scheiterte, und Vereinsregisterunterlagen wurden sorgfältig geprüft. Eines der Ergebnisse: „Inssan ist erzkonservativ, gibt sich aber liberal, was die Politik auch gern glaubt. Wir vermuten jedoch, dass Inssan eine Türöffner-Organisation ist, die die tatsächlichen Anliegen der Hinterleute kaschiert“, sagt Johnson.

Der Berliner Verfassungsschutz bestätigte auf Nachfrage von WELT ONLINE, dass es bei Inssan Anhaltspunkte für personelle und organisatorische Verbindungen zur „Islamischen Gemeinschaft in Deutschland“ (IGD) gibt. Die IGD unterhalte als in Deutschland mitgliederstärkste Organisation von Anhängern der Muslimbruderschaft nach eigenen Angaben acht islamische Zentren. Wichtig zu wissen: Die IGD wird vom Verfassungsschutz beobachtet.

SPD, Grüne und FDP plädieren im Bezirk dennoch unter Verweis auf die Religionsfreiheit bislang für das Projekt und vertrauen den Aussagen von Inssan, einen weltoffenen Islam zu vertreten. „Die Politiker haben sich nicht gründlich genug mit dem Thema auseinandergesetzt“, kritisiert hingegen die Bürgerinitiative. Sogar auch im Kiez (12000 Bewohner) integrierte Moslems hätten Angst, dass es Konflikte gibt und angekündigt, wegzuziehen, wenn Inssan sich mit gleich mehreren Tausend Quadratmetern Nutzfläche ansiedele.

Die Situation unterscheidet sich nicht grundsätzlich von der anderer Moscheeprojekte, sei es Heinersdorf, Frankfurt, Köln oder München. Die gut recherchierten und belegbaren Einwände der örtlichen Bürgerinitiativen liegen auf dem Tisch und werden von Lokalpolitikern, die sogar zugeben, wenig vom Islam zu wissen, ignoriert, die Bürger als Rechtsextreme verleumdet.

Sollte der so ganz andere Ton der Berichterstattung etwa daran liegen, dass manche Bürger gleicher sind als andere? Ist

Engagement gegen sozialschädliche Einflüsse islamischer Brückenköpfe nur gut, wenn es von Architekten, Rechtsanwälten, Lehrern, Künstlern und Journalisten getragen wird, die den Wert ihrer Eigentumswohnungen gefährdet sehen? Die *Welt* täte gut daran, ihre Berichterstattung über andere Bürgerinitiativen gleichen Ansinnens zu korrigieren, um diesen Verdacht zu vermeiden.